

# PARLAMENT AKTUELL



*Newsletter des NR Abg. Gerhard Steier*

*29.1.2010*

**mehr Informationen:**

**<http://www.gerhardsteier.at>**

## **Inhalt**

Seite

---

Kurzinformation zur Plenarsitzung vom  
29.1.2020

2-5

Neuigkeiten aus der EU, Pressemeldungen  
Reden

6

6-8

## Kurzinformation zur Plenarsitzung vom 29.1.2020

Die Debatte in der Plenarsitzung vom 29.1.2010 wurde unter anderem auch von den **Auseinandersetzungen zum burgenländischen Eberau** geprägt: bekanntlich hat die Innenministerin ja versucht, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ohne Information der Bevölkerung ein Asyl-Erstaufnahmезentrum errichten zu lassen. Nur massive Anstrengungen des Landeshauptmanns und der SPÖ Burgenland haben dieses Projekt gestoppt; eine Volksbefragung ist für den 21.3.2010 geplant.

Eingeleitet wurde der Sitzungstag mit einer [aktuellen Stunde](#) zum Budgetvollzug und der Präsentation der neuen Wissenschaftsministerin im Hohen Haus. Ein [dringlicher Antrag](#) der FPÖ thematisierte Eberau; zwei Misstrauensanträge gegen die Innenministerin (FPÖ, Grüne) fanden keine Mehrheit. Ich persönlich habe diesen Misstrauensanträgen nur deswegen nicht zugestimmt, weil ich Vereinbarungen (und dazu gehört auch ein Koalitionsabkommen) einhalte. Da Innenministerin Fekter wegen ihres Umgangs mit dem Burgenland & den Menschen im Burgenland mein Vertrauen aber nicht mehr genießt, habe ich den Plenarsaal vor der Abstimmung verlassen.

Die wesentlichsten Inhalte im Detail, nach Tagesordnungspunkten<sup>1</sup>

## ***53. Sitzung, 29.1.2010***

**TOP 1. Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers - Ernennung eines neuen Regierungsgliedes**

---

**TOP 2. Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen ([589 d.B.](#))**

umfasst insgesamt 24 Petitionen und 12 Bürgerinitiativen

**Siehe Bereich Reden**

mehrheitlich

---

**TOP 3. Antrag 805/A(E) - Maßnahmen gegen Kindersklaverei ([587 d.B.](#))**

Entschließung einstimmig

---

**TOP 4. Antrag 875/A(E) - Umsetzung des Antifolter-Übereinkommens ([588 d.B.](#))**

Neuer Tatbestand Bekämpfung jeder Form der Folter  
mehrheitlich

---

**TOP 5. Wahlrechtsänderungsgesetz 2010 ([595 d.B.](#))**

Anpassung des Briefwahlsystems der Europawahlordnung  
mehrheitlich

---

---

<sup>1</sup> Alle Abstimmungsergebnisse noch vorläufig; endgültige Fassung ab Ende Februar unter [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at) abrufbar.

## **TOP 6. Änderung Europawahlordnung [\(596 d.B.\)](#)**

Abschaffung der Briefwahl im Inland  
Negativer Ausschussbericht mehrheitlich

---

## **TOP 7. Antrag 605/A Änderung Volksabstimmungsgesetz [\(597 d.B.\)](#)**

mehrheitlich

---

## **TOP 8. Antrag 33/A BG über die Instandsetzung und Fürsorge jüdischer Friedhöfe [\(598 d.B.\)](#)**

## **TOP 9. Antrag 462/A(E) Restaurierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe in Österreich [\(599 d.B.\)](#)**

mehrheitlich

---

## **TOP 10. Geodateninfrastrukturgesetz [\(590 d.B.\)](#)**

Verbesserung Geodateninfrastruktur

**siehe Bereich Reden**

einstimmig

---

## **TOP 11. Protokoll über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen [\(591 d.B.\)](#)**

Ratifizierung des Protokolls  
mehrheitlich

---

## **TOP 12. Protokoll über Schadstofffreisetzungs- und –verbringungsregister [\(592 d.B.\)](#)**

Besserer Zugang zu Informationen  
einstimmig

---

## **TOP 13. Antrag 823/A(E) -Erstellung einer Burnout-Studie [\(521 d.B.\)](#)**

Antrag wurde dem Gesundheitsausschuss zugewiesen; einstimmig

---

**TOP 14–17. Rechnungshofberichte, ([III-30/516 d.B.](#)), ([III-56/593 d.B.](#)), ([III-73/594 d.B.](#)), ([III-84/517 d.B.](#))**

einstimmig

---

**TOP 18-19. Änderung Geschäftsordnungsgesetz 1975 ([492 d.B.](#)), ([493 d.B.](#))**

Stärkung der Rechte der Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission; Attraktivierung von EU-Debatten  
einstimmig

---

**TOP 20. Erste Lesung Antrag Änderung Religionsunterrichtsgesetz ([855/A](#))**

Antrag wurde dem Unterrichtsausschuss zugewiesen

---

**TOP 21. Neuwahl der Ausschüsse gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung**

---

# Neuigkeiten aus der EU



- [Entwicklung](#) ländlicher Raum
- Weniger [Energieverbrauch](#) im Standby ; [Ökodesign](#)

**Pressemeldungen online unter [www.gerhardsteier.at](http://www.gerhardsteier.at), Bereich Presse**

**nächste Plenarsitzungen:** 24./25.2.2010

## **Reden:**

### **Sammelbericht Petitionsausschuss – Erstaufnahmezentrum Eberau:**

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der Sammelbericht des Petitionsausschusses ist eine gute Gelegenheit, um zum aktuellen Diskussionspunkt Nummer eins in Österreich, dem geplanten Erstaufnahmezentrum Eberau, Stellung zu nehmen.

Ich darf einleitend Folgendes festhalten: Menschen, Flüchtlinge haben ein Anrecht darauf, Hilfe zu erfahren. Dazu stehen wir nicht nur als Sozialdemokraten, sondern auch und insbesondere als BurgenländerInnen. Wir BurgenländerInnen haben das die vergangenen Jahrzehnte hindurch wohl eindrucksvoll bewiesen.

Geschätzte Damen und Herren, die Faktenlage ist ja hinlänglich bekannt. Zu den drei bestehenden soll aus Kapazitätsgründen ein weiteres Asylzentrum dazukommen. Die Standortsuche war, ist und wird schwierig sein, wiewohl ich selbst und alle in der SPÖ davon überzeugt sind, dass keine weitere Aufnahmestelle notwendig ist, wenn alle Bundesländer die jeweiligen festgelegten Aufnahmequoten erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bisher war ich der Meinung, dass kein Bürgermeister eine so weit reichende Entscheidung, nämlich ein Asylzentrum zu bauen, leichtfertig treffen könnte – noch dazu ohne

Rückhalt der örtlichen Bevölkerung, der Region und der Landespolitik, wie das Frau Bundesminister Fekter mit dem Bürgermeister in Eberau getan hat. Tatsächlich sind bestehende Ängste und Ressentiments groß – kein Wunder angesichts der fortwährenden Kriminalisierung von Asylsuchenden.

Wie ein Polit-Rambo hat Innenministerin Fekter gemeinsam mit ihren Helfern und Schergen – sie tut das ja auch jetzt noch – in einer Nacht- und Nebelaktion versucht, gegen alle demokratischen Regeln und bar jeder Kommunikation, ein Erstaufnahmezentrum im burgenländischen Eberau durchzupeitschen. Die „Ingredienzien“ dafür – verdeckte Kontaktaufnahmen, Strohmannen, geheime Absprachen – könnten direkt aus einem schlechten Roman stammen. Der Satz „Wir waren schneller als die Verhinderer!“ zeugt von der Denkungsart der VP-Ministerin.

Schlimm ist jedoch auch, dass diejenigen, die bisher im Abseits gestanden sind – nämlich die Hofers, Tschürzens und Molnars; der Herr Oberlehrer und seine Satiriker, Filopat und Patafil –, versuchen, aus diesem Fall politisches Kleingeld zu schlagen, um Stimmen zu gewinnen. Sie zeigen damit wieder einmal ihr wahres Gesicht, nämlich zu vernadern und zu verunglimpfen.

Meine geschätzten Damen und Herren, es hat massiver Anstrengungen des Landeshauptmannes des Burgenlandes sowie der SPÖ Burgenland bedurft, um dieses Wahnsinnsprojekt zu stoppen. Wir lehnen ein Erstaufnahmezentrum Eberau und die undemokratische, politisch motivierte Vorgangsweise der Frau Innenministerin zutiefst ab!

Eine Volksbefragung wird dazu beitragen, den politisch Verantwortlichen zu zeigen, dass ein Erstaufnahmezentrum nicht dem Wunsch der Bevölkerung entspricht – und daher sollte auch diese Befragung ein bindendes Ergebnis für alle Verantwortlichen sein.

Bundesministerin Fekter hat mein persönliches Vertrauen, aber auch das Vertrauen des Burgenlandes verspielt, denn sie hat nicht zum ersten Mal burgenlandfeindlich agiert: Neben Eberau hat sie auch den Abzug von Polizisten und auch dieses Lavieren in Bezug auf den Assistenzeinsatz vertreten.

Die ÖVP wäre gut beraten, die Zügel in die Hand zu nehmen, Frau Fekters Crashkurs zu beenden und sich einen Prozess der Selbstreinigung aufzuerlegen. In Bezug auf Frau Bundesministerin Fekter wird es in Bälde mehrere Misstrauensanträge geben. Ich persönlich werde diesen nur deswegen nicht zustimmen, weil wir Burgenländer Menschen mit Handschlagqualität sind, die Abkommen einhalten – und das gilt auch für das Koalitionsabkommen. Ich stehe zum Abkommen von 108 SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten und torpediere das nicht. Deshalb – und nur

deshalb – werde ich diesem Misstrauensantrag nicht zustimmen, sondern eine symbolische Geste setzen, nämlich bei der Abstimmung hier den Sitzungssaal verlassen und wir werden sehr genau beobachten, wie sich andere burgenländische Abgeordnete bei dieser Abstimmung verhalten werden. – Herzlichen Dank. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der Grünen.)

Präsident Mag. Dr. Martin Graf: Herr Abgeordneter Steier, für den Vorwurf Vernäherung in Richtung Abgeordneten-Kollegen dieses Hauses erteile ich einen Ordnungsruf.

### **Geodaten:**

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Frau Präsident! Herr Bundesminister! Die sogenannte INSPIRE-Richtlinie ist ein Instrument, das den Zugang und die Nutzung von Geodaten für die Bürgerinnen, die Verwaltung und die Wirtschaft vereinfachen soll. – Unter Geodaten sind, wie schon vorher ausgeführt, alle Daten mit direktem oder indirektem Bezug zu einem bestimmten Standort oder geographischen Gebiet zu verstehen.

Unter Nutzung bereits vorhandener Datenstrukturen sollen Geodaten der EUMitgliedsstaaten interoperabel und grenzüberschreitend nutzbar gemacht werden. Das Geodateninfrastrukturgesetz setzt diese INSPIRE-Richtlinie ins österreichische Bundesrecht um und regelt Rahmen zum Aufbau und Ausbau einer nationalen Geodateninfrastruktur.

Nachdem auch noch offene Fragen vorher unter den Fraktionen geregelt und ausgeführt worden sind, kann man diesem Gesetz eigentlich getrost zustimmen. – Ich danke schon im Voraus für Ihre Zustimmung.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Suzana Lascsak-Kerec, Büro Abg.z.NR Gerhard Steier

Parlament, 1010 Wien

Telefon: 40110-3661; e-Mail: [suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at](mailto:suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at)